

Heil im Abbau der Sozialsysteme gesucht wird. Die MillionärInnen und Konzernvorstände dieser Republik und dieser Welt lehnen sich an ihren Pools zurück und lachen sich schlapp, wenn die MieterInnen, ArbeitnehmerInnen und SozialleistungsempfängerInnen dieser Republik und dieser Welt bereitwillig Einsparungen hinnehmen und die Senkung des Spitzensteuersatzes fordern. „Wir müssen doch alle sparen ... Na ja wenn's Arbeitsplätze bringt.“ – Seit über 20 Jahren heißt es, dass „Sparmaßnahmen“ und Geschenke

an „die Wirtschaft“ zu Arbeitsplätzen führen; die Vollbeschäftigung müsste längst verwirklicht sein.

Und Einsparungen sind natürlich immer nur ganz unten dringend notwendig. Die UnternehmerInnen sparen Arbeitsplätze, die Reichen sparen sich die Steuerzahlungen und pro Atlantiküberquerung ein paar Bonusmeilen, da darf der klägliche Rest nicht außen vor stehen – und Papa Staat hilft beim Sparen. Und die Masse lässt es sich gefallen.

Die „traditionalistischen Betonköpfe“ namens Chumbawumba san-

gen einmal: „Sie brechen Euch die Beine und Ihr sagt auch noch Danke, wenn sie Euch danach Krücken anbieten.“ Die gebetsmühlenartigen Phrasen wie, „die Kassen sind leer“, „es ist kein Geld da“ oder „wir müssen sparen“ bleiben nicht ohne Wirkung. Ein anderer „Betonkopf“ namens Rio Reiser hätte darauf aber gesungen:

„Alles Lüge!“

Cabeza de Hormigon

Wie weiter mit den Gewerkschaften?

Zu den Auswirkungen des Streiks in Ostdeutschland

Bevor sich unsere gesellschaftliche Elite in den nichtitalienischen Sommerurlaub begaben, haben sie noch rechtzeitig den Streik der IG Metall für eine 35 Stunden-Woche in Ostdeutschland niedergeschlagen. Unternehmensverbände und von ihnen bestellte „Experten“, ost- und westdeutsche PolitikerInnen von Clement bis Gysi, gleichgeschaltete Medien von *Bild* bis *taz* – sie alle waren sich einig: der „unvernünftigen“ IG Metall, dem Flaggschiff der deutschen Gewerkschaftsbewegung, müsse ein entscheidender Schlag versetzt werden. Unterstützt wurden sie dabei von gewerkschaftlichen „Modernisierern“, wie dem Opel-Gesamtbetriebsratsvorsitzenden Klaus Franz, von Klaus Zwickel und Berthold Huber. Der mächtige Propagandaapparat der IG Metall kochte während des Streikes auf Sparflamme und die Führung stellte in der Begründung für den Arbeitskampf um die

35-Stundenwoche überwiegend die Gerechtigkeitsfrage in den Mittelpunkt und nicht die Produktivitätszuwächse bzw. die bereits im vorangegangenen Tarifvertrag festgelegte Verhandlung über die Arbeitszeitverkürzung. Damit wurde es Medien, Regierung und ArbeitgeberInnen einfach gemacht: „Der Gerechtigkeit für den Osten“, wurde die Sicherung von Arbeitsplätzen und Produktionsstandorten durch längere Arbeitszeiten gegenüber gestellt.

Ohne das Treffen der Tarifkommission und die Urabstimmung abzuwarten (ohne demokratische Legitimation durch die Basis), haben die „Modernisierer“ der IG Metall den Arbeitskampf um die 35-Stunden-Woche in Ostdeutschland für beendet erklärt. Damit bleiben die Kollegen in den neuen Ländern Beschäftigte zweiter Klasse. Das gewerkschaftliche Grundprinzip: „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ ist das ei-



gentliche Opfer der hausgemachten Streikniederlage in Ostdeutschland. Und schlimmer: Der Flächentarifvertrag ist tot. Zwar wirken dessen Regelungen für die derzeit Festgestellten nach, aber nun muss in jedem einzelnen Betrieb ein Haustarifvertrag durchgesetzt werden. Dabei stehen alle Regelungen des Manteltarifs, zum Beispiel die Übernahme der Azubis, auf dem Spiel.

Beschäftigte in Ost und West werden die Folgen dieser Niederlage

zu spüren bekommen: Ob Flächen-tarifvertrag oder 35-Stunden-Woche – all das steht nun auch in den alten Bundesländern zur Disposition. Ebenso deuten die halbherzigen „Proteste“ gegen Schröders asoziale „Agenda 2010“ darauf hin. Offensichtlich will die Gewerkschaftsspitze keinen konsequenten Kampf, weder gegen Sozialabbau noch für tarifliche Forderungen.

Europa is watching you

Ein weiterer Skandal steht hinter dem jetzigen Scherbenhaufen: Bereits 1997 wurden vom Europäischen Metallarbeiterverband (EMBA) klare Richtlinien für eine gesamteuropäische Tarifpolitik beschlossen. Ziel war es Lohn-dumping zu verhindern, also der Abwärtsspirale des Standortwettbewerbs entgegenzutreten. Diese Richtlinien fordern überall eine Jahresarbeitszeitbegrenzung von 1750 Stunden pro Jahr. Das entspricht ziemlich genau der 35-Stundenwoche.

Der Arbeitskampf in Ostdeutschland hätte also als Teil einer von europäischen Gewerkschaften gemeinsam vereinbarten, über nationale Grenzen hinweg denkenden, solidarischen Politik geführt werden können. Dazu hätte es jedoch eines deutlichen Signals der Gewerkschaften bedurft, dass sie sich grundsätzlich der destruktiven Logik von unternehmenszentrierten, nationalen Wettbewerbspositionen verweigern. Sie hätten auch im Hinblick auf die so genannte „öffentliche Meinung“, insbesondere bei Millionen abhängig Beschäftigten in anderen Branchen, ein erkennbares und attraktives Alternativmodell gegen die Propagandafrent von Konzernen und konzern-treuen Regierungen anbieten

können. Ein Signal, dass auch in die ArbeitnehmerInnenschaften der Beitrittsländer und eventuell über die europäischen Grenzen hinaus hätte strahlen können. Nichts von alledem wurde umgesetzt.



Sozialdumping everywhere

Warum wurde der Arbeitskampf von der IG Metall-Spitze so unprofessionell, halbherzig und teilweise mit Sabotage in den eigenen Reihen geführt? Sicher ist, dass ein ernsthafter Arbeitskampf zu einem Bruch mit Rot/Grün geführt hätte. Dies sollte verhindert werden, denn die Führung hat immer noch immenses Interesse, mit SPD und den Grünen zu kooperieren. Zumal es zwischen Gewerkschaften und Partei viele personelle Übereinstimmungen gibt. Es existiert der Irrglaube, durch Lobbyarbeit in der SPD-Fraktion ArbeitnehmerInnen-Interessen durchsetzen zu können. Die politischen Koordinaten hierfür haben sich aber in den letzten Jahren deutlich verschoben: SPD und Grüne haben sich eindeutig auf die Seite der Arbeitgeber geschlagen und ließen sich deren neoliberales Programm aufdrücken. Was an den sgn. Reformvorhaben der Agenda 2010 und dem Hartz-Konzept mehr als deutlich wird. Rot/Grün ist nun zu einem „Umschlagplatz“ geworden, auf dem in enormer Geschwindigkeit eine Umverteilung von unten nach oben betrieben wird.

Daran beteiligt sich die Gewerkschaftsspitze. Für die Erhaltung des Standortes Deutschland forcierten die gewerkschaftlichen „Modernisierer“ schon in den vergangenen Jahren eine „moderate Lohnpolitik“, initiierten das „Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit“, entwarfen Öffnungsklauseln für Tarifverträge und gaben verschiedener Orts Unterstützung bei dem Abschluss von Standortvereinbarungen. In diesem Zusammenhang verloren die Gewerkschaften in den letzten Jahren immer mehr ihre Funktion als Interessenvertretung der abhängig Beschäftigten und der sozial Schwachen.

Bündnis für Mehrarbeit

Bereits 1995 richteten Zwickel und Schröder mit dem „Bündnis für Arbeit“ sieben Forderungen an die UnternehmerbündnispartnerInnen und verzichteten daraufhin auf Arbeitskampfmaßnahmen – in 8 Jahren wurden keine realisiert. Aber: Die Real-löhne sanken und ebenso der Anteil der Löhne und Gehälter am Sozialprodukt. Die Gewerkschaftsspitze stimmte auch der Reduzierung der fälschlicherweise sgn. „Lohnnebenkosten“ zu. Da diese in Wirklichkeit Bruttolohn sind, geht es um von den Unternehmen geforderte Lohnkürzungen. Mit dieser Bündnispolitik wurden und werden ArbeiterInnen und Angestellte seit Jahren zusätzlich belastet, den Sozialsystemen Milliarden entzogen und weitere Angriffe auf deren Bestand initiiert.

Bei den Angriffen auf die gesetzliche, solidarisch verfasste Rentenversicherung haben die Gewerkschaften ihre Aufgabe, Widerstand zu organisieren, nicht erfüllt. Der Wille zu orientieren, zu mobilisieren und zu kämpfen fehlte. Es ging nicht

lediglich um unbedeutende Korrekturen, es ging und geht um die Zerstörung des gesetzlichen Sozialsystems im Profitinteresse der UnternehmerInnen und zu Lasten der abhängig Beschäftigten. Die soziale Sicherheit soll den krisenanfälligen Finanzmärkten und den kapitalistischen Versicherungskonzernen ausgeliefert werden. Dieser erste Schritt wurde erwartungsgemäß das Einfallstor zur umfassenden Zerstörung und „Privatisierung“ (Profitisierung!) des gesetzlichen Sozialsystems.

Zwangsarbeit

Und weiter werden im Rahmen der Agenda 2010 mit Hartz und der SPD/Grünen-Regierung und mit Zustimmung der gewerkschaftlichen Modernisierer die bestehende Drangsalierung der Arbeitslosen weiter ver-

schärft und die Leistungen weiter gekürzt. Seit 1975 wurden die Zumutbarkeitsregelungen acht Mal verschärft. Die Arbeitslosenzahlen haben sich vervierfacht. Die von den Lohnabhängigen weitgehend beitragsfinanzierte Arbeitslosenversicherung wird mit dem Ziel zweckentfremdet, einen Niedriglohnsektor zu schaffen, um den Unternehmen preiswerte und rechtlose ZwangsarbeiterInnen und Zwangsangestellte zur Verfügung zu stellen.

Die Folgen: Weitere Erosion des Tarifsystems, der regulierten Arbeitssysteme, von Arbeitsschutzrechten, Auflösung der kollektiven Durchsetzungskraft von Gewerkschaften und der Vertretungsmöglichkeiten von Betriebsräten. Es werden keine neuen Arbeitsplätze entstehen, sondern durch Rotation nur schlechtere. Diese Gesetze verschlechtern die Le-

bens- und Arbeitsbedingungen der Arbeitslosen und aller Lohn- und Gehaltsabhängigen.

Die Antwort kann nicht „Marketing“, Anpassung und Unterwerfung unter Kapital- und identischen Regierungsinteressen sondern konsequenter, parteiunabhängiger Kampf für die Interessen der abhängig Beschäftigten, RentnerInnen und Arbeitslosen sein.

Zur Erinnerung: Die abhängig Beschäftigten schließen sich zu Gewerkschaften zusammen und zahlen Beiträge, damit sich Arbeits- und Lebensbedingungen verbessern und die erkämpften Positionen verteidigt werden – nur dazu sind die Gewerkschaften legitimiert. Zum Verzicht, zum Kungeln brauchen wir keine Gewerkschaften.

Micha Wittich

Verschärfter Ausbeutung überlassen

Rent me! - Auf dem Markt der kleinen Preise



Leiharbeit wird nicht erst seit der Hartz-Gegenreform als Instrument zur Beschäftigungsförderung betrachtet. Die Realität ist freilich eine andere. Über die aktuelle Rechtslage und soziale Wirklichkeit versucht dieser Artikel in Grundzügen zu informieren.

Leiharbeit – was ist das?

Von Leiharbeit wird gesprochen, wenn der Arbeitgeber (Verleiher) „seinen“ Arbeitnehmer für eine bestimmte Zeit einem Dritten (Entleiher) zur Arbeitsleistung zur Verfügung stellt. Der Entleiher erhält damit Arbeitgeberfunktionen (Anspruch auf Ar-

beitsleistung, Weisungsrecht, Schutzpflichten). Das Arbeitsverhältnis mit dem Verleiher bleibt aber bestehen, so dass er weiter zur Lohnzahlung verpflichtet ist. Wird der Arbeitnehmer von vornherein mit dem Ziel eingestellt, ihn gewerblich zu verleihen, wird von unechtem Leiharbeitsverhältnis bzw. Arbeitnehmerüberlassung (ANÜ) gesprochen.